No. 132. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint **täglich zweimal;** Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 18. März 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: S. Prinzenstr. 41, SO. Kottbuserstr. 1, SO. Sorauerstr. 20, O. Petersburgerstr. 2, NO. Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, NO. Nykestr. 31, N. Schiffbauerdamm 1, N. Schulzendorferstr. 27 (am Weddingplatz), C. Königstraße 56/57, NW. Alt-Moabit 138, W. Potsdamerstr. 33, W. Bayreutherstr. 32, W. Leipzigerstr. 103, SW. Mittenwalderstraße 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 und Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenburg, Kantstraße 34, Pankow, Berlinerstraße 136.

Chef-Redakteur: **Karl Vollrath,** Berlin W.
Verlag u. Druck: **Rudolf Mosse,** Berlin SW.

Das schweigende Blatt.

Dieser Tage hat ein hiesiges Blatt den Geschäftsführern der freisinnigen Volkspartei einen nicht gerade sehr angenehmen Spiegel vorgehalten. Weil der Abgeordnete Goldschmidt sich empört über die Bemerkung zeigte, daß die freisinnige Volkspartei ihre Wahlgelder nur den Großbanken verdanke, bemerkte das Blatt, dies sei nicht ganz unrichtig. Von den mittleren und „kleinen Leuten" würde der Wahlfonds dieser Partei schon lange nicht mehr nennenswert gespeist. Deshalb brauche die Parteileitung auch keineswegs eine Politik zu befolgen, die den Anforderungen der minderzahlungsfähigen Volksschichten entspreche. Hingegen kämen in der Partei Personen zu unerwarteten Ehren, die sich der Partei und namentlich dem ständig notleidenden sogenannten „Parteiorgan" gegenüber als „opferwillige" Helfer bewährt hätten. Es wurde auf einen Berliner Fabrikanten hingewiesen, der sich das von Eugen Richter „begründete" Organ viel Geld habe kosten lassen. Dieses wäre an chronischem Abonnentenmangel längst zugrunde gegangen, wenn es nicht mit den periodisch wiederkehrenden Spenden von Großbankiers und Großindustriellen über Wasser gehalten worden wäre. Jener Fabrikant habe nicht nur das notleidende Blatt vor dem ständig drohenden Untergange gerettet, er habe auch dem Abgeordneten Dr. Müller-Sagan, dem geheimen Chefredakteur des Blattes, eine Stelle als Aufsichtsrat in einer von ihm finanziell beherrschten Aktiengesellschaft verschafft. Der opferwillige Fabrikant, der wegen dieser seiner Verdienste um die Partei von Herrn Müller hochgeschätzt würde, sei inzwischen Abgeordneter geworden. Nunmehr, so hieß es weiter, werde ein bekannter Berliner Grundstücks- und Bauunternehmermagnat, der sich die Förderung der Partei gleichfalls große Summen kosten lasse, um dieser seiner Opferbereitschaft willen den Wahlmännern als Landtagskandidat offeriert werden.

Was uns bei der Erzählung dieser Geschichte in Erstaunen versetzt, **ist nicht**, daß sie als „gedruckt in diesem Jahr" bekannt gegeben worden ist; denn warum soll nicht durch eine Zeitung verbreitet werden, was in Parteikreisen längst von Mund zu Mund gegangen ist? Was uns in Erstaunen versetzt, ist vielmehr der Umstand, daß das sogenannte „Parteiorgan" zu allen diesen Dingen **schweigt**, daß es namentlich zu der Nachricht von der merkwürdigen neuen **Kandidatur** schweigt, die am Horizonte auftaucht als vermeintliche Frucht großkapitalistischer Opferwilligkeit. Denn das seit Jahren mit dem Gelde vermögender Gönner aufrechterhaltene „Parteiorgan", mit dem schon sein Begründer Eugen Richter große, ihm von befreundeten Bankiers und Industriellen zur Verfügung gestellte Summen verbutterte, war recht eigentlich zu dem Zweck gegründet worden, die Partei gegen alle unsanften Stöße von außen und, vor allen Dingen, gegen alle „Ketzereien" und unliebsamen Kritiken von innen, aus dem Schoße der Partei selbst, in Schutz zu nehmen und sicher zu stellen. Auch nach dem Tode Richters hat sein kostspieliges Schmerzenskind dieses Geschäft, hinter jedem verwegenen Zweifler an der Gottähnlichkeit der Parteileitung hinterher zu kläffen, wenn auch mit immer mehr geschwächten Kräften, so doch mit demselben guten Willen in möglichst gehässiger Weise besorgt.

Warum schweigt, so müssen wir fragen, **das**, wenn es sich um die Beschönigung der Parteigeschäftsführung handelt, **so täppisch redselige Blatt über die großkapitalistisch-spendable Kandidatur, von der nun schon seit drei Tagen öffentlich gesprochen wird? Eine einzige Zeile** würde das Gerede als gegenstandslos bezeichnen, wenn es als gegenstandslos bezeichnet werden — **kann!**

Einen unerhörten Angriff

gegen die **Lehrfreiheit an den österreichischen Universitäten** haben die Jesuiten des Vatikans versucht. Der päpstliche Nuntius in Wien hat sich dabei zu ihrem Werkzeug gemacht. Ein offiziöses Telegramm aus **Wien** meldet folgendes:

Gelegentlich eines Besuches im Ministerium des Aeußeren wies der hiesige apostolische Nuntius auf die Vorträge und Broschüren des Professors des Kirchenrechts in Innsbruck **Wahrmund** hin, **ohne jedoch ein bestimmtes Verlangen zu stellen.** Der Minister des Auswärtigen verständigte hiervon in einem vom 6. März datierten Schreiben den **Unterrichtsminister Marchet** und betonte, daß der Nuntius kein bestimmtes Verlangen gestellt habe. Der Unterrichtsminister hatte daher keine Veranlassung, wegen dieser Mitteilung eine weitere Verfügung zu treffen. Die Angelegenheit wird, wie es in der Natur der Sache liegt, durch die zur Entscheidung berufenen Organe ihre weitere selbständige Behandlung finden.

Leider steht die gegenwärtige Regierung in Oesterreich allzu sehr unter dem Joche der Klerikalen; sonst hätte der Herr Minister v. Aehrenthal dem päpstlichen Nuntius eine Antwort erteilen müssen, daß dieser das Wiederkommen vergessen hätte. Wie kommt aber das österreichische Unterrichtsministerium dazu, die Sache selbständig weiter zu behandeln? Trotz der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Oesterreich wird es noch einer langen und schweren Kulturarbeit bedürfen, um das Land von dem Joche des Klerus und seiner Helfershelfer, die sich in sehr einflußreichen Stellungen befinden, zu befreien.

Unglaublich, aber wahr!

Erst vor kurzem ging die Mitteilung durch die Presse, daß das Landgericht in **Breslau** Reproduktionen von anerkannten Kunstwerken für „unzüchtig" erkannt hatte. Durch ein jetzt rechtskräftig gewordenes Urteil der ersten Strafkammer des Landgerichts in Breslau sind, wo sie betroffen werden, zu beschlagnahmen und zu „vernichten":

1. die Reproduktionen von rund 30 Skulpturen beziehungsweise Gemälden, deren Originale teils im Louvre, teils im Luxembourg-Palais in Paris ausgestellt sind.

2. von Professor **Reinhold Begas**, „Knabe mit Urne", „Mädchen und Knabe" und „Centaur und Nymphe"! In demselben Atemzuge führt das Urteil dann mehrere sogenannte „Textkarten" auf, die dummgemeine Zoten enthalten und deren Inhalt auch nicht andeutungsweise wiederzugeben ist. Alle diese Darstellungen, Louvre, Begas und zotige Karten bringen Breslauer Richter unter einen Hut: „Sie verletzen das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung."

So geschehen im Deutschen Reiche im zwanzigsten Jahrhundert.

Die Festlegung des Osterfestes

hat die **sächsische zweite Kammer** der Regierung in einer vom Kultusminister Beck unterstützten Resolution empfohlen. Auch das **preußische** Kultusministerium erblickt in einer solchen Festlegung eine durchaus wünschenswerte Maßnahme, die sich, die Uebereinstimmung der verschiedenen Kirchen vorausgesetzt, ohne Schwierigkeiten durchführen ließe, und für die auch der Papst zu haben sein würde. Wie die „Nat.-Ztg." hört, finden eingehende Verhandlungen über die Regelung der Frage des festzulegenden Osterfestes an den zuständigen Stellen statt, als deren bisheriges Ergebnis die Feststellung vorliegt, daß **Rußland** und dessen gregorianischer Kalender hier recht große Schwierigkeiten bereiten. — Dann muß die Angelegenheit schließlich ohne Rücksicht auf Rußland geregelt werden. Die Frage ist für die gesamte Kulturwelt so wichtig, daß man hier unmöglich Rücksicht auf ein zum großen Teil außerhalb der modernen Kultur stehendes Land nehmen kann. — Bereits früher haben wir gemeldet, daß auch die **katholische Kirche** sich gegen eine Festlegung des Osterfestes nicht sträubt, was offenbar dem preußischen Staate den Mut gibt, gleichfalls an die Sache heranzugehen.

Landtagskandidaturen.

Der Vorstand des Wahlvereins der Liberalen für den **Wahlkreis Teltow-Storkow-Beeskow-Charlottenburg** hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, im **Landwahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow** dem früheren Oberst **Gädke** und Dr. **Breitscheid** die Kandidatur zum Landtag anzubieten.

Die Legitimationskarten,

die in **Preußen** für die aus **Oesterreich-Ungarn** kommenden **Arbeiter** eingeführt worden sind, kamen in der gestrigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses zur Sprache. Wie uns ein Telegramm aus **Wien** meldet, kündigte der Minister des Inneren ein Gesetz zum Schutz der Auswanderer an und gab Aufklärungen über die in Preußen für österreichische Arbeiter eingeführten **Legitimationskarten**. Gegen diese Einrichtung sei von der Regierung bei der deutschen Reichsregierung **Protest** erhoben worden, weil sie der Freiheit des österreichischen Arbeiters, Arbeit zu suchen und zu nehmen, entgegenstehe. Die preußische Regierung habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Einführung der Legitimationskarten eine fremdenpolizeiliche Maßregel sei, und daß völkerrechtliche Rücksichten oder vertragsmäßige Rechte hierdurch nicht verletzt würden. Die preußische Regierung habe jedoch gleichzeitig die Versicherung gegeben, daß die Landräte angewiesen worden seien, den Arbeitern in jeder Beziehung entgegenzukommen, so daß bei der Handhabung der Verordnung über den Legitimationszwang die österreichischen Arbeiter eine unbillige Beschränkung nicht erführen.

Schutz für die englische Industrie.

Nach einer Meldung aus **London** empfing gestern der Parlamentssekretär des Handelsamts **Kearley** in Abwesenheit des Handelsministers Lloyd George eine Deputation von verschiedenen industriellen Körperschaften von Sheffield, die ihm auseinandersetzte, daß ausländische Industrieartikel nach England importiert würden, wo sie einen Stempel erhielten, der sie als britischen **Ursprungs** kennzeichne, und dann wieder exportiert würden nach neutralen Ländern, zum Schaden der britischen Industrie. Die Deputation bat dringend, daß alle von auswärts eingeführten Waren als nicht britischen Ursprungs gekennzeichnet werden sollten. Kearley sagte, der Handelsminister Lloyd George werde zweifellos in Erwägung ziehen, ob es durchführbar sei, das gegenwärtig geltende Gesetz so zu gestalten, daß die anständige Industrie geschützt werde.

Eine Kündigung des Algeciras-Abkommens?

Wie uns ein Telegramm aus **Paris** meldet, teilt der „Gaulois" mit, die französische Regierung sei entschlossen, nächstens bekannt zu machen, daß sie das **Algeciras-Abkommen kündigen** und dies allen beteiligten Mächten mitteilen wolle. Hierbei werde sie verlangen, daß entweder eine **neue Konferenz** einberufen, oder die Angelegenheit vor den Haager Schiedsgerichtshof gebracht werde. Selbstverständlich würde die Regierung, bevor sie irgendeinen Schritt unternehme, einen Parlamentsbeschluß herbeiführen und deswegen die **Vertrauensfrage** stellen. Die Regierung sei der Ansicht, daß Frankreich, da seine Aufgabe betreffs der Wiederherstellung der Ordnung erfüllt sei, sich entweder auf Marokko zurückziehen müsse, da es nicht mehr allein die durch den Aufenthalt der Truppen verursachten beträchtlichen Kosten tragen wolle, oder daß es von den beteiligten Mächten einen Ersatz oder neue Rechte verlangen müßte, falls sie Frankreich auch weiterhin das Polizeimandat übertragen wollten.

Der „Matin" bemerkt, daß er in der Lage sei, diese Meldung des „Gaulois" als **unrichtig** zu bezeichnen.

Die Schreckensherrschaft in Haiti.

Die Pariser Ausgabe des „New-York Herald" meldet aus **Port au Prince** von gestern: Die **Vertreter der fremden Mächte** hielten eine **Besprechung** ab und beschlossen, daß, falls nicht alsbald eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten zu erhoffen sei, dem Präsidenten **Alexis** ein **Ultimatum** überreicht werden solle, in dem seine **Abdankung** und die Einsetzung einer **provisorischen Regierung** verlangt würde. Sie wollen ferner die Ausschreibung sofortiger Wahlen fordern und **weitere Hinrichtungen verbieten.**

Der **deutsche Kreuzer „Bremen"**, der, wie wir berichtet haben, gestern im Hafen von „Port au Prince" angekommen ist, wird von dem Kapitän zur See **Alberts** befehligt. Das Schiff zählt eine Besatzung von rund 290 Mann und ist mithin in der Lage, ein verhältnismäßig starkes **Landungskorps** an Bord geben zu können, das den **Schutz des deutschen Konsulats** ausüben kann. An Bestückung führt der Kreuzer zehn 10,5 Zentimeter-Geschütze und zehn weitere kleinere Maschinengeschütze an Bord. Diese sind darauf eingerichtet, daß sie dem Landungskorps mitgegeben werden können. Die „Bremen" ist ferner in der Lage, nötigenfalls einen Teil der dortigen deutschen Kolonie **an Bord zu nehmen**, da der Kreuzer ein Deplacement von 3250 Tons hat.

General Stöffel begnadigt.

Nach einem Telegramm aus **Petersburg** hat der Zar die ihm vom Kriegsminister unterbreitete Petition des Kriegsgerichts unterzeichnet und die über **General Stössel** wegen Uebergabe von Port Arthur verhängte **Todesstrafe in zehnjährige Festungshaft** mit Ausschluß vom Dienste und Rangverlust abgeändert.

Daß das Todesurteil an dem General Stössel nicht vollzogen werden würde, war vorauszusehen. Die Verhandlungen des Prozesses haben ergeben, daß an der Katastrophe von Port Arthur und an der unrühmlichen Niederlage Rußlands im russisch-japanischen Kriege einzig und allein das verderbliche System der russischen Korruption schuld trug. Stössel hätte allein gegen dieses System nicht ankämpfen können; jeder andere General hätte an seiner Stelle auch nicht anders handeln können. Aus diesem Grunde empfand der russische Tschin mit dem General Stössel Mitleid, und dieses Mitleid veranlaßte den Gerichtshof, dem Zaren die Begnadigung des zum Tode Verurteilten zu empfehlen.

Wenn nun jetzt der General Stössel unter Verlust seines Ranges die Festungshaft antreten muß, so ist ihm wenigstens **ein Trost** geblieben; er darf den ihm nach der Uebergabe von Port Arthur verliehenen preußischen Orden „pour le mérite" behalten.

* * *

Ein Nachspiel zum Stössel-Prozeß.

Wie uns ein Telegramm aus Petersburg meldet, fand heute morgen zwischen den Generalen **Fock** und **Smyrnow**, die in dem Port Arthur-Prozesse zusammen mit dem General Stössel angeklagt waren, ein **Duell** statt. Der General Fock soll durch seine Aussagen in der Verhandlung den General Smyrnow beleidigt haben. Smyrnow wurde in dem Duell **schwer verwundet.**

Auf dem Friedhof der Märzgefallenen.

Der 18. März ließ sich heute früh recht trübe an. Dichte Schneeflocken fielen am Vormittag. Trotzdem bewegte sich schon in den ersten Tagesstunden eine förmliche Völkerwanderung nach dem stillen Friedrichshain. Vielfach sah man auch geschlossene Züge von 30 bis 50 Mann den Kranzträgern folgen. Zu einer imposanten Demonstration gestaltete sich der Zug der sozialdemokratischen Frauen, die gegen ½9 Uhr in einer Stärke von mehr als hundert zum Friedrichshain zogen. Aufsehen erregte ein rotdrapierter Rollwagen, auf dem die Kranzdeputation der Transportarbeiter und Rollkutscher zum Friedhof kam.

Wie üblich, war von der Polizei nur ein Zugang zum Märzfriedhof freigelassen worden. Schutzleute ordneten hier die Besucher in Reihen, so daß sich der Verkehr auf dem Friedhof glatt abwickeln konnte. Die Kranzdeputationen mußten vor dem Eingang zum Friedhof erst die Schleifen zwei Polizeioffizieren zur Zensur vorzeigen und, wie in früheren Jahren, arbeitete die Scheere, wo irgendwie eine Inschrift „staatsgefährlich" erschien. Bis um die Mittagsstunde waren von 210 Kränzen schon 60 **Schleifen** entfernt. Nicht zugelassen wurde unter anderem die Inschrift auf dem Kranz der „Freien Turner der Schönhauser Vorstadt":

„Was ihr gesät am Märzentag,
Es keimt, es sprießt, es blüht.
Ob's wohl noch lange dauern mag,
Bis 's Volk die Ernte sieht?
Nun fliegt ein Kranz mit rotem Band
Auf eures Grabes Mitte,
Doch eh' er auf den Hügel sank
Da ziehen schon die Wächter blank
Der Zucht und frommen Sitte."

Auch Freiligrath mußte dran glauben, der Vers seines Liedes „Die Revolution": „Und ob ihr von der hohen Stirn — Das wilde Lockenhaar ihr schert" 2c. wurde von der Kranzschleife der Arbeiter des Kabelwerks Oberspree abgeschnitten. Auf der Schleife des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ließ man nur die Worte stehen: „Empor zum Licht, in seinem Strahlenglanze durchleuchtet's tief die ärgste Finsternis" . . . Das übrige fiel der Schere zum Opfer.

Unter den Schleifen herrschte die rote Farbe vor, doch waren auch diesmal die schwarz-rot-goldenen Schleifen der Gewerkvereinler und der freisinnigen Vereine stärker als sonst vertreten. Auch der freisinnige Bezirksverein des Weddingstadtteils hatte einen Kranz niedergelegt. Der Kranz des „Sozialliberalen Vereins" zeigte die Inschrift: